Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in **Posen** bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in **Gnesen** bei S. Chraplewski, in **Meseritz** bei Ph. Matthias, in **Wreschen** bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 601.

Die „**Posener Zeitung**" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 29. August.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Abendausgabe 30 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Abendausgabe** bis **11 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 28. August. Der König hat den Amtsrichter Havenstein aus Arnswalde i. M. zum Regierungsrath ernannt; sowie dem Kreisphysikus, Sanitätsrath Dr. med. Chrzésciński zu Kolmar den Charakter als Geheimer Sanitätsrath, und dem praktischen Arzt Dr. med. Laskowski zu Wongrowitz den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der Dr. med. Heidenhain zu Berlin ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Greifswald ernannt worden.

Der Bergassessor und bisherige Berginspektor Poeppinghaus ist unter Beilegung des Charakters als Bergmeister zum Bergrevierbeamten ernannt und mit der Verwaltung des Bergreviers Commern-Gmünd, Amtssitz Euskirchen, betraut worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 29. August.

Auch die „Kölnische Volkszeitung" läßt sich jetzt aus Berlin melden, daß die Bemühungen eines befreundeten Hofes, den Fürsten Bismarck zu einer freundlichen Haltung gegen den Kaiser umzustimmen, gelungen seien. Aus Kissingen wird dem „Schwäbischen Merkur" gemeldet, daß daselbst am Sonntag vom Fürsten Bismarck zwei Schweizer zum Frühstück geladen waren. Dabei kam man auf die soziale Frage zu sprechen. Auf die ihm von den Schweizern vorgelegte Frage, was er von der schweizerischen Sozialpolitik im Gegensatz zur deutschen halte, und ob er glaube, daß jene, welche durch Aufstellung des Arbeitersekretärs eine vermittelnde Haltung zwischen Arbeit und Kapital anzubahnen suche, Aussichten auf Erfolg in Lösung der sozialen Frage haben werde, erwiderte Fürst Bismarck: Für ihre Staatsform mag das gehen, für die Monarchie geht es nicht. Die Monarchie giebt sich selbst auf, wenn sie sich auf die Arbeitermassen stützen will. Wir dürfen nicht mit denen paktiren, die durch Ausstände, durch Drohung mit Niederlegung der Arbeit u. A. einen Druck auszuüben suchen. Das ist wie eine Nebelwand; wenn man sich ihr nähert, dann weicht sie zurück und man greift ins Leere.

Wie bereits früher gemeldet wurde, steht in Sachsen nach Aufhebung des Sozialistengesetzes eine wesentlich verschärfte Anwendung des Versammlungsrechtes zu erwarten, die bereits heute in einem Leitartikel der amtlichen „Leipz. Ztg." angekündigt und begründet wird. Nach der Ansicht dieses Regierungsblattes ist es eine Hauptsache, durch Polizeimaßnahmen vorbeugend zu wirken, daß eine Aufhetzung der Massen überhaupt unmöglich werde. In diesem Sinne würden die §§ 5 und 12 des sächsischen Vereins- und Versammlungsrechtes bei gehöriger Wachsamkeit der Polizeibehörden jedenfalls ausreichen. Das strafrichterliche Einschreiten könne das begangene Unrecht wohl sühnen, das angerichtete Unheil aber und die vergiftende Wirkung des gesprochenen Wortes niemals rückgängig machen. Gesetzliche Vorschriften, gewisse Gesetzesübertretungen noch vor ihrer Begehung zu verhüten, seien unentbehrlich. Die Anwendbarkeit der erwähnten §§ 5 und 12 des Vereinsgesetzes in diesem Sinne stehe zweifellos fest, denn diese Paragraphen gestatten das Verbot von Versammlungen, deren Zweck es ist, „Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen", resp. das Verbot von Auf- und Umzügen, sowie von Festlichkeiten, von denen eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Nachdem es aber in sozialdemokratischen Versammlungen nahezu zur Regel geworden sei, zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung aufzufordern, sei an der Anwendbarkeit jener Gesetzesbestimmungen auf sozialistische Versammlungen wohl kaum noch zu zweifeln. Weniger erfreulich liege die Sache mit der Presse, denn das Preßgesetz vom 7. Mai 1879, welches die „Leipz. Ztg." als ein „liberales Mustergesetz" bezeichnet, enthalte von einer derartigen vorbeugenden Thätigkeit so gut wie nichts. Die vorläufige Beschlagnahmung, welche der § 23 gestattet, sei nicht ausreichend und könne in der Regel erst zu spät erfolgen. Bezüglich der Presse werde man daher wohl kaum auf die Dauer ohne Sonderbestimmungen auskommen, wie sie das Ausnahmegesetz darbot.

Der „Magd. Ztg." wird bestätigt, daß die Angaben, welche der Vorsitzende des Grubenarbeiter-Verbandes von Lancashire Woods kürzlich über Erkundigungen des Deutschen Kaisers nach den englischen Arbeiterverhältnissen gemacht hat, auf die bekannte, im Auftrage des Handelsministers unternommene Enquete des Oberbergrath Nasse zurückzuführen sind. Von den Herren ist, wie man dem Blatte schreibt, außer Woods u. A. auch der bekannte Großindustrielle David Dale von ihnen aufgesucht worden und unter seiner Führung haben sie die englischen Kohlenbergwerke besucht. Herr Dale hat als Vertreter der englischen Regierung im Frühjahr an der Berliner Arbeiterschutzkonferenz Theil genommen.

Die Wahlen der Berliner Delegirten zu dem in Halle stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag haben sich, wie man der „Germania" schreibt, in aller Stille bereits vollzogen. Von der Meinung, daß die großen Wahlkreise mehr als drei Delegirte schicken sollten, hat man vollständig Abstand genommen. Die einzige Vergünstigung, die die Berliner für sich in Anspruch nahmen, besteht darin, daß die beiden größten Wahlkreise, der vierte und der sechste, je vier Delegirte schicken. Es liegt das daran, daß die sozialdemokratische Topographie die beiden genannten Wahlkreise in zwei Unterabtheilungen, in IVa., IVb. und VIa., VIb. eintheilt. Berlin wird also durch zwanzig Delegirte vertreten sein. Man hat fast ausschließlich Personen gewählt, die bisher der „Innern" (scil. Agitation) angehörten, also in der Oeffentlichkeit so gut wie gar nicht bekannt sind. Von bekannteren Sozialdemokraten hat nur der Tapezierer Wildberger ein Mandat erhalten.

Der ungarische Abgeordnete Emil Abranyi hält nach wie vor seine Behauptung aufrecht, er sei vom Fürsten Bismarck empfangen worden. Neuerdings erklärte er gegenüber dem Redakteur eines Budapester Blattes, er habe noch vor seinem Besuche in Friedrichsruh auf seine Anfrage, ob Fürst Bismarck ihn empfangen wolle, eine Einladung zum Besuche vom Grafen Wilhelm Bismarck empfangen. In Kissingen habe er (Abranyi) zuerst des Längeren mit Dr. Chrysander, dann kurz unter vier Augen mit dem Fürsten Bismarck gesprochen. Später sei auch Graf Herbert Bismarck hinzugekommen. Bei seiner neuerlichen Anwesenheit in Kissingen hätten ihn Geheimpolizisten auf Schritt und Tritt verfolgt und ihm die Durchführung seines Vorhabens, persönlich beim Fürsten Bismarck den Irrthum aufzuklären, unmöglich gemacht. Chrysander verständigte ihn überdies, daß Fürst Bismarck ihn nicht empfangen wolle.

Schließlich kündigt Abranyi an, daß er noch eine Erklärung in den Zeitungen und im Parteiklub erlassen werde.

Der Lemberger „Dziennik Polski" sagt, daß der in seinen Folgen sehr wichtige Frontwechsel der Altczechen sich ausschließlich unter dem Zeichen des Ausgleiches vollzogen hat, denn seit Januar haben die Altczechen in Folge der unerhörten Agitation der Jungczechen immer mehr an Boden verloren, so daß ihnen schließlich nichts Anderes übrig bleibt, als entweder gänzlich vom Schauplatze zurückzutreten oder vor dem jungczechischen Andrange langsam zurückzuweichen und durch Konzessionen zu Gunsten der Jungczechen sich die weitere politische Existenz zu sichern, also in beiden Fällen zu kapituliren. Die Altczechen haben, wie es scheint, die letztere Eventualität gewählt, indem sie einer Revision des Ausgleiches zustimmen. Was jedoch die Durchführung einer solchen Revision bedeuten würde, das braucht man angesichts der heutigen Stimmung in Böhmen nicht erst ausdrücklich zu sagen: es wäre dies einfach ein völliges Verwerfen des ganzen Ausgleiches. In dieser Weise wird der altczechische Frontwechsel auch seitens der Deutschen aufgefaßt, welche mit Recht die jetzige Annäherung der Altczechen an die Jungczechen als eine völlige Kapitulation der bisherigen czechischen Mehrheit vor der stürmischen Minderheit der Intransigenten ansehen. Alles das interessirt die Polen nur mittelbar, insofern nämlich die Altczechen einen integralen Theil der Rechten gebildet haben. Welchen Anschauungen die Partei Vaschatys huldigt, darüber braucht man nicht viele Worte zu verlieren, denn schon der Panslavismus, den die Jungczechen offen und ungenirt bekennen, macht jedes Zusammengehen der Polen mit dem eventuellen Klub der altczechischen Jungczechen oder der jungczechischen Altczechen gänzlich unmöglich. Deßhalb wäre es gut, wenn uns die Czechen noch vor dem Beginne der Wintersession des Reichsrathes eine klare Antwort geben würden darüber, ob die jetzigen Annäherungsversuche zu einem dauerhaften Bündnisse führen oder ob sie blos ein momentanes taktisches Manöver sein sollen. Der Krakauer „Czas" meint, ein Einvernehmen zwischen den czechischen Konservativen und Radikalen könne zu einem Schwanengesange einer vernünftigen Politik der Czechen werden. Der Warschauer „Kurjer" sagt, daß die Altczechen bankerott sind und vor den Jungczechen kapituliren. Das Ministerium des Grafen Taaffe, welches die Ideen der Wiener Konferenzen um jeden Preis durchführen will, findet auf dem Wege zum Ziele ein unerwartetes Hinderniß. Was geschieht, wenn die vereinigten czechischen Parteien den Ausgleich verwerfen und die den Deutschen angebotenen Zugeständnisse nicht erfüllbar werden? Das ist die ernste Frage, von deren Lösung die Existenz des Ministeriums abhängt.

Alles weist darauf hin, daß Frankreich in eine Periode der Beruhigung eingetreten ist; die Bedeutung dieser Thatsache für den europäischen Frieden wird allüberall wohl verstanden. Zeugniß dieser ruhiger gewordenen französischen Stimmung war der Ausdruck der öffentlichen Meinung in Frankreich in den jüngsten Tagen der Kaiserbegegnung in Rußland. Die Aufnahme der französischen Delegirten bei der sozialen Konferenz in Berlin seitens des deutschen Kaisers, die Auszeichnung, welche die französischen Gelehrten und Aerzte auf dem internationalen medizinischen Kongresse in Berlin erfuhren, haben in Frankreich allgemein die Ueberzeugung hervorgerufen, daß man in Europa nur freudig ein Heraustreten Frankreichs aus seiner Isolirung erwartet, daß man bereitwillig Frankreichs Genius huldigt, wo immer er sich offenbart, und andererseits, daß Frankreich Unrecht thut, hypnotisirt auf das Loch in den Vogesen zu blicken und darüber alle seine anderen Interessen, seine höheren Kulturaufgaben und seine Gemeinsamkeit mit der übrigen Welt zu vergessen. Hand in Hand mit dieser Erkenntniß der Franzosen über ihre auswärtigen Beziehungen geht ein Erstarken der Republik im Innern. Bismarcks Ausspruch, daß Frankreich sich etwa alle achtzehn Jahre eine neue Regierungsform gebe, war vielleicht vor mehr als Jahresfrist nahe daran, sich als eine Prophezeiung zu bewähren, ist aber seither gründlich verleugnet, und die dritte Republik wird in wenigen Tagen ihr zwanzigstes Jahr vollenden, gesunder und kräftiger als je zuvor in irgend einem ihrer Lebensjahre. Der vorjährige Sommer, es zeigt sich dies glücklich im eben verlaufenden, war ein Wendepunkt für Frankreichs Geschicke auf Jahre hinaus. Die Ausstellung und ihr ungeheurer Erfolg hat trotz oder wegen der Ablehnung des monarchischen Europa das Selbstgefühl der Franzosen mächtig gesteigert, die untere Mittelklasse, welche die Wählermehrheit bildet, befestigte sich in der Liebe zum Frieden; diese Stimmung beherrschte die Wahlen, man forderte Ruhe für die Arbeit, Stetigkeit in der Regierung und praktisch nützliche Reformen. Die Wahlen vom September vorigen Jahres haben der Eventualität eines Staatsstreiches auf Jahre hinaus ein Ende gemacht. Der Boulangismus erlitt eine Niederlage, von der er sich nicht mehr im Laufe des Jahres erholen konnte, so daß dem brav' Général nichts Anderes übrig bleibt, als zu erklären, er werde warten, bis seine Zeit gekommen sein werde. Nun, er kann lange warten. Er ist ein todter Mann, zu dauerndem Exil verurtheilt, und dies scheint seine Epistel der jüngsten Tage resignirt zuzugestehen. Mit seiner Flucht war seine Niederlage entschieden, das Reißausnehmen verzeiht der Franzose nicht. — Die Tüchtigkeit der Regierung des energischen Konstans läßt die bisherige systematische Oppositions-Politik und zeitweilige Obstruktions-Politik als unmöglich erscheinen. Ein Verwandlungsprozeß der konservativen Minderheit ist im Werden: die Jungkonservativen hegen die Hoffnung, daß sie von der Landesverwaltung bei versöhnlicher und toleranter Haltung nicht immer ausgeschlossen bleiben werden. In der letzten Session ist es noch nicht gelungen, einen Theil der Rechten von der Opposition loszutrennen, aber es scheint, der Gedanke einer republikanischen Rechten im Sinne Raoul Duvals wird seinen Weg machen. Die Zeit der intransigenten Opposition ist vorüber, auch wenn einige oppositionelle Lärmmacher Spektakel hervorrufen. Die Kammer ist disziplinirt, das ist die große Thatsache, sie hielt trefflich zusammen und lieferte eine konstante und kompakte Majorität, welche, unerschüttert bis zu der kürzlich eingetretenen Vertagung der Verhandlungen, die Regierung unterstützte.

Deutschland.

Berlin, 28. August. Wunderbare Dinge lassen sich die englischen Blätter über die Begegnung von Narwa melden. Der „Daily Telegraph" namentlich hat Berichte, nach denen man annehmen muß, daß der Korrespondent mit den beiden Kaisern und den beiden leitenden Staatsmännern am selben Tische gesessen hat und sich womöglich das Konzept seines Telegramms vom Zaren hat diktiren lassen. Dies Blatt weiß ganz genau, was verabredet worden ist und was demnächst geschehen wird. Danach ist der Zar zu Unterhandlungen mit der gegenwärtigen bulgarischen Regierung auf der Grundlage des jetzigen status quo bereit, aber — die Initiative muß von Sofia ausgehen. Natürlich hat Stambulow, der sofort (vermuthlich telegraphisch durch den Kaiser Wilhelm persönlich) befragt wurde, die Freundlichkeit gehabt, zu erwidern, daß er jedes mögliche Zugeständniß machen werde. Hierauf scheint der Zar wunderbar vergnügt geworden zu sein, denn der Korrespondent des „Daily Telegraph" hat die Genugthuung, melden zu können, daß der Zar einwillige, seine Truppen von der Grenze zurückzuziehen. Natürlich müßte

zuvor Deutschland mit gutem Beispiele vorangegangen sein; indessen das ist ja wohl eine Kleinigkeit, und es bedarf nur einiger militärischer Verordnungen von Berlin aus, und die Sache wird sich schon machen. Der Zar hat auch gar nichts dagegen, daß Oesterreich Bosnien und die Herzegowina annektirt, unter der Bedingung, daß Rußland gestattet wird, sich das Recht vorzubehalten, einen Druck auszuüben, um radikale Aenderungen in der Regierung Serbiens zu verhindern. (Man beachte den wunderbaren Stil dieses Talmidiplomaten, an dem wir nichts haben ändern wollen.) Von den Kleinigkeiten, die der „Daily Telegraph" so nebenbei abthut, wollen wir erst gar nicht reden, obwohl uns, wir gestehen es, der Mund wässert nach dem neuen Handelsvertrage zwischen Rußland und Deutschland, der angeblich ebenfalls erörtert wurde, vermuthlich in gründlichen volkswirthschaftlichen Konferenzen zwischen den beiden Monarchen. Wir haben von diesem blühenden Unsinn, den sich das englische Publikum auftischen läßt, mit größerer Ausführlichkeit Notiz genommen, weil man an dem Phantasiegemälde vortrefflich erkennen kann, wie unendlich weit wir von einem Zustande entfernt sind, der, wenn er wirklich so wäre, wie ihn der „Daily Telegraph" schildert, nur gerade erst befriedigend und nicht um ein Haar mehr sein würde. Wie thöricht das Londoner Blatt erfunden hat, darüber kann unter deutschen Beurtheilern überhaupt kein Streit sein. Die ganze Tiefe jener Albernheiten erschöpft man erst, wenn man weiß (und es ist nicht schwer, es zu erfahren), daß die positiven Ergebnisse der Kaiser-Zusammenkunft nur gering sind und daß sie besten Falles den keineswegs hochgespannten Erwartungen entsprechen, die beim Antritt der Reise hier gehegt wurden. Vielleicht sogar bleiben sie hinter diesen Erwartungen noch zurück. Ob der Petersburger Gewährsmann der „Politischen Korrespondenz" nicht ein wenig färbt, wenn er erzählt, die Begegnung habe einen zeremoniösen Anblick dargeboten, und es habe auf ihr der Hauch des kühl Konventionellen gelegen, mag hier unerörtert bleiben. Von solchen Dingen berichtet man nicht, wenn man nicht wenigstens einigen Grund hat, den Hergang in dieser Weise darzustellen, und jedenfalls stehen die Behauptungen, nach denen es in Narwa sehr herzlich und wahrhaft freundschaftlich zugegangen sei, doch ziemlich vereinzelt da. Auf ein Mehr oder Weniger an Freundlichkeit mag es nun freilich nicht ankommen, zumal die Persönlichkeit des Zaren mit ihren Eigenthümlichkeiten, die sich nicht abstreifen lassen, hierbei wesentlich mitsprechen mußte. Aber ob persönliche Freundschaft oder nicht, die politische Ausbeute der Begegnung hätte vermuthlich um ein gut Stück größer sein können, ohne darum auch nur entfernt den Anspruch zu verdienen, wirklich groß zu sein. — — Die „Post" entnimmt dem Briefe eines Eingeweihten werthvolle Aufschlüsse über die Zustände im Auswärtigen Amt nach dem großen Personenwechsel im März. So fesselnd das Schreiben, das ursprünglich nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, sich auch liest, so liegt der hervorragendste Werth dieser Mittheilungen doch in erster Reihe darin, daß hier bestätigt wird, was als der Eindruck unterrichteter und aufmerksamer Beobachter auch sonst schon bekannt gewesen ist. Das öffentliche Urtheil und das der Personen, die den Verhältnissen berufsmäßig näher stehen, treffen hiernach zusammen in der Würdigung der Fähigkeiten, wie der Eigenart des Herrn v. Caprivi. Man hat wieder einmal ein Beispiel dafür vor Augen, wie sicher die öffentliche Meinung zuweilen instinktmäßig den Kern einer Persönlichkeit erfassen kann. (Freilich kann sie sich auch gründlich irren.)

— Ueber den Besuch des Kaisers in Memel gehen dem „Berl. Tagebl." unterm 26. August folgende Mittheilungen zu:

Nun hat auch Memel seinen Kaisertag gehabt! Erst acht Tage vor dem Ereigniß wurde es durch die Veröffentlichung des Hofmarschallamtes bekannt, daß der Kaiser die Absicht hege, auf der Rückreise aus Rußland, nach der Theilnahme an den dortigen Herbstmanövern, in Memel seine Yacht „Hohenzollern" zu verlassen, um sich mit der Bahn zu den Manövern des ersten Armeekorps nach der Umgegend von Lötzen zu begeben. Diese Nachricht rief große Aufregung in Memel hervor. Der Kaiserbesuch war das Gespräch des Tages, obgleich er durchaus noch nicht fest bestimmt war. Sofort traten die maßgebenden Körperschaften zu vertraulichen Besprechungen zusammen. Die Stadtverordneten bewilligten alle nöthigen Mittel zur Ausschmückung der Stadt, und von dieser Bewilligung wurde der ausgiebigste Gebrauch gemacht. Prächtig war der Schmuck des Rathhauses, prächtig auch der des Postgebäudes; besonders sehenswerth aber war der Garten mit der historischen Luisen-Laube. Aber wer nicht dorthin kam, war der allerhöchste Gast der Stadt. Dies ist wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß sich der Aufenthalt auf See in Folge von Wind und Wetter verlängerte, der in Memel also sich verkürzte. Hätte die programmmäßige Ankunftszeit eingehalten werden können, so wäre manche schöne Ansprache nicht ungesprochen geblieben, manches duftige Sträußchen würde seinem Zweck übergeben worden sein, manches holde Mädchenantlitz sich freundlich aufgehellt haben. Ja, die armen Mädchen! Da standen sie, soweit sie den Schulen angehören in ihren weißen Kleidchen mit schwarz-weiß-rothen Schärpen, hübsche Kränze auf dem Kopf, von 12 Uhr Mittags an und boten erst der heißen Sonne, dann den Regenschauern Trotz. Allmählich aber mußten sie ihren Posten doch wohl oder übel aufgeben. Und es regnete und der Kaiser kam immer noch nicht, bis es fast Abend wurde. Dann aber ging es hoch her, als die „Hohenzollern" in den Hafen dampfte. „Nur alle hundert Jahre sieht man ein solches Schauspiel wieder!" hieß es. In der That! Nicht immer sieht man eine so stattliche Anzahl Fischermädchen in so kleidsamer Tracht auf reich geschmückten Booten einem Kaiser entgegenfahren! In scharfem Trab ging es in die Stadt hinein an den spalierbildenden Turnern, Innungsmännern und Schülern vorbei über die Börsenbrücke. Hier lagen vier mächtige Seedampfer, dahinter Kähne — mit aufgespannten Segeln, damit man nicht die weiterhin sich ausdehnende Leere an Schiffen wahrnehmen solle. Der Kaiser merkte indessen den Witz und wies lächelnd darauf hin, daß man es in Königsberg ähnlich gemacht habe. Im Rathhause war kurzer Aufenthalt, wobei der Kaiser sich zum Obervorsteher der Kaufmannschaft anerkennend über den Memeler Hafen aussprach und auf ein dreimaliges Hoch sich dankend verneigte. Die Fahrt ging so rasch, daß der Kaiser nur einen sehr kleinen Theil der schönen Ausschmückung in Augenschein nehmen konnte. Auch von der allgemeinen feenhaften Illumination der Stadt hat er sehr wenig sehen können. Nachdem der Kaiser, ohne das historisch denkwürdige „Königswäldchen" — entgegen der ursprünglichen Absicht — zu besuchen, den durch heilige Andenken an seine Urgroßeltern und seinen Großvater geweihten Ort Tauerlauken aufgesucht, begab er sich schleunigst zum Abendbrot in die Stadt zurück und an Bord seiner Yacht „Hohenzollern", von wo aus er nach eingenommenem Souper seinen am Landungsplatz aufgestellten Extrazug bestieg. Der Kaiserbesuch war vorüber. . . . Zum Schluß noch ein hübsches Geschichtchen, eine Gespenstergeschichte, die anläßlich des Kaiserbesuches in Memel die Runde machte. Eines Nachts wird der Memeler Branddirektor geweckt mit der Meldung, daß ein Gespenst umgehe. Der Herr Branddirektor weist die Furchtsamen kurz ab; jedoch in der nächsten Nacht erweckt ihn wieder derselbe Schreckensruf. Er bewaffnet daher zwei Feuerwehrleute und geht auf die Suche. Richtig begegnet er am Ende der Polangenstraße einer vollständig in Weiß gehüllten, gespensterhaft einherschreitenden Gestalt. Schon will er auf sie loshauen lassen. Da ertönt ein Halt! und was zeigt sich? Ein sonst in Uniform gekleideter, sehr bekannter Memeler Herr, ein an der Spitze einer nützlichen Einrichtung stehender Beamter, übt auf der Straße vor seiner Wohnung, nur mit Hemd und Unterbeinkleidern angethan, Parademarsch, um vor dem Kaiser in Ehren bestehen zu können. — Tableau!

— Ob im Kriegsministerium ein Wechsel stattfinden wird, oder nicht, darüber sind die Meinungen noch immer sehr getheilt. Im Anschluß an die von uns gebrachten Nachrichten hierüber und über weitere Veränderungen in höheren Kommandostellen, geben wir folgende Mittheilungen der „Hamb. Nachr." wieder:

„Als sicher kann gelten, daß Verdy in nicht all zu ferner Zeit als Kriegsminister zurücktritt, obwohl sich in sonst gut unterrichteten Kreisen die Meinung erhält, die Angelegenheit würde sich wieder zusammenziehen. Der General v. Wittich hat es abgelehnt, das Kriegsministerium zu übernehmen, falls es frei wird; in Frage sollen überhaupt nur die Generale v. Kaltenborn und v. Blume kommen; Letzterer hatte bekanntlich unter dem Minister v. Bronsart das Allgemeine Kriegs-Departement und gilt in weiten Kreisen, auch hinsichtlich der parlamentarischen Wirksamkeit, als die für einen Kriegsminister besonders geeignete Persönlichkeit. Als kommandirender General des 13. Armeekorps ist General v. Verdy überhaupt nicht in Frage gekommen, dagegen soll außer dem General v. Alvensleben auch der kommandirende General des Gardekorps General v. Meerscheidt zurücktreten. Eine Version, welche vielfach aufgetaucht ist, die aber wegen der zwischen Preußen und Württemberg bestehenden Konvention mit Grund bestritten werden kann, geht dahin, daß der Prinz Wilhelm von Württemberg, General der Kavallerie und à la suite des Leib-Garde-Husaren-Regiments, für das Kommando des 13. Armeekorps ausersehen sei."

— Die „Post" schreibt: „Von einem ihrer Parteigenossen in der Provinz wurde der Redaktion ein Privatbrief zur Einsicht mitgetheilt, der interessante Andeutungen über den jetzigen Geschäftsgang an oberster Regierungsstelle giebt. Auf eine Anfrage hat der Verfasser, der seiner Stellung nach zu den Eingeweihten gehört, seine Zustimmung dazu gegeben, daß wir dem Briefe folgende allgemeine Charakteristik entnehmen. Sie ist u. A. auch bezeichnend für die Stimmung in den Kreisen, denen der Schreiber angehört:

Nach dem Rücktritt des Reichskanzlers mußte es ein Bedenken aller mit den Geschäften Vertrauter sein, daß sich in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Mangel der Succession, das heißt des Uebertragens diplomatischer Traditionen fühlbar machen möchte. Unter dem Fürsten v. Bismarck war die auswärtige Politik allein von ihm und seinem Sohne, Grafen Herbert, gemacht; nur sie Beide und vielleicht noch dieser und jener vortragende Rath waren in die Geheimnisse derselben eingeweiht. Nach dem Rücktritt Beider schien die Leitung wie zwischen zerrissenen Telegraphendrähten unterbrochen. Der Reichskanzler General v. Caprivi kam neu in die Geschäfte, ebenso der Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. Marschall v. Biberstein, der von Hause aus Jurist ist und, so sehr er sich auch als badischer Bundesbevollmächtigter bewährt hatte, doch bis dahin den eigentlichen diplomatischen Geschäften fern geblieben war. Und das Auswärtige Amt hat sozusagen sein Zukunftwissen wie kein anderes Ministerium. Als Herr v. Caprivi und Freiherr v. Marschall in die Regierung eintraten, fanden sie im Auswärtigen Amt allerdings einen Stamm von bewährten Vortragenden Räthen, welche die Tradition, das heißt das innigste Vertrautsein mit Inhalt und Form der Geschäfte fortzuführen im Stande waren. Mit diesen Herren wurde die Arbeit auch muthig in Angriff genommen, und man muß sagen, es geht vortrefflich. Das macht, daß der Reichskanzler große Arbeitskraft entfaltet, und daß mit der Kenntniß seines allerdings weiten Ressorts sein Interesse an den Geschäften immer wächst. Mit militärischem Scharfblick ist er im Stande, die Situation im Moment zu überblicken, im Moment das Wesentliche zu erfassen und mit scharfer Urtheilskraft die entsprechende Entscheidung zu geben. Während früher die meiste Berichterstattung schriftlich geschah, hat er für viele Dinge den kürzeren Weg des mündlichen Vortrages eingeführt und ist in stetem Verkehr mit den vortragenden Räthen, um sich über den Gang der Dinge auf dem Laufenden zu erhalten.

Ein soziales Zukunftsbild.

(Schluß.)

Das Problem, das gleiche Anrecht Aller auf gleich ergiebigen Boden, löste sich in einfachster Weise durch die im Prinzipe der freien Vergesellschaftung enthaltene freie Beweglichkeit der Arbeitskräfte. Zwar gab es auch in Freiland besseren und minder guten Boden wie überall in der Welt; aber da dem besseren Boden mehr Arbeiter zuströmten, als dem schlechteren und da einem bekannten ökonomischen Gesetze zufolge der Mehraufwand von Arbeitskraft auf gleicher Bodenfläche mit verhältnißmäßig sinkendem Ertrage verknüpft ist, so entfiel für den einzelnen Arbeiter resp. für die einzelne Arbeitsstunde auf bestem Boden kein höherer Reinertrag, als auf überhaupt in Arbeit genommenem schlechtesten.

Ebenso aber, wie das durch die Freizügigkeit der Arbeitskräfte verwirklichte Prinzip der Interessensolidarität denjenigen, der thatsächlich schlechteren Boden bearbeitet, in den Mitgenuß der Vortheile besseren Bodens setzt, so partizipirt auch jeder, gleichviel in welchem Produktionszweige er beschäftigt ist, an allen wie immer gearteten Vortheilen des besten Bodens, und umgekehrt zieht auch der Bodenbebauer, wie überhaupt jeglicher Produzent, Gewinn aus sämmtlichen Produktionsvortheilen, die in irgend einem Arbeitszweige des Gemeinwesens erzielt werden, gerade so, als ob er bei demselben unmittelbar betheiligt wäre.

Was nun die zu ausgedehntester Oeffentlichkeit der wirthschaftlichen Vorgänge abzielenden Maßnahmen anbetrifft, so ging man von dem Grundsatze aus, daß die Gesammtheit sich so wenig als möglich hindernd oder anordnend, dagegen soviel als möglich orientirend und belehrend in das Thun und Lassen der Individuen zu mengen habe. Die Betriebsausweise der Produzenten, sowohl der Assoziationen, als auch der in geringer Zahl vorhandenen Einzelproduzenten, wurden veröffentlicht; dieselben umfaßten Rohertrag, Reinertrag, Spesen, Einkauf und Verkauf, Arbeitsleistung, Verwendung des Reinertrages u. s. w. Einkauf und Verkauf aller erdenklichen Produkte und Handelsartikel Freilands war in großen Waarenhallen und -lagern konzentrirt, deren Leitung und Ueberwachung von Gesammtheitswegen geschah; diese öffentlichen Magazine boten so gewaltige Vortheile, daß Jedermann, der sich nicht schädigen wollte, sie in Anspruch nahm. Die oberste Verwaltung von Freiland war zugleich der Bankier der gesammten Bevölkerung. Nicht blos jede Assoziation, sondern Jedermann hatte sein Konto in den Büchern der Zentralbank, diese besorgte die Inkassi und die Auszahlungen.

Diese allumfassende Durchsichtigkeit der gesammten Produktions- und Erwerbsverhältnisse bot auch für die in Freiland zu erhebenden Abgaben eine vollkommen verläßliche Grundlage. Diese Abgaben waren sehr hoch, sie sanken niemals unter 30 Prozent. Dieselben wurden verwandt zur Beschaffung der zu Zwecken der Produktion erforderlichen Kapitalien, für das Erziehungswesen, das Kommunikations- und Bauwesen und das Versorgungswesen, welch' letzteres die erste Stelle im freiländischen Ausgabenbudget bildete. Ein Recht auf auskömmlichen Unterhalt hatten alle Frauen, alle Kinder, alle Männer über 60 Jahre und selbstverständlich alle Kranken und Invaliden. Recht namhafte Ausgabeposten waren ferner die für Statistik, Lagerhaus- und Bankwesen.

Dagegen kosteten Justiz, Polizei, Militär und Finanzverwaltung nichts. Richter, Polizeibeamte und Soldaten fehlten, die Steuern flossen von selber ein. Nichtsdestoweniger wurde weder gestohlen, noch geraubt oder gemordet. Zur Schlichtung von Streitigkeiten waren Schiedsrichter eingesetzt. Gegen Laster und deren gemeingefährliche Folgen bestand kein Straf-, sondern nur ein Schutzrecht, und zwar wurde die Besserung als das beste und wirksamste Schutzmittel erachtet. Da geistig und moralisch normal veranlagte Menschen in einem Gemeinwesen, welches alle berechtigten Interessen jedes seiner Mitglieder gleichmäßig berücksichtigt, sich unmöglich gewaltsam gegen fremdes Recht vergehen können, so wurden allenfallsige Verbrecher als geistig oder moralisch Kranke, deren Heilung eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses ist, betrachtet und in Gewahrsam und geeignete Behandlung genommen.

Jedes Ausschußmitglied stand einem der zwölf Verwaltungszweige vor, in welche die sämmtlichen öffentlichen Geschäfte Freilands provisorisch getheilt wurden. Die Verwaltungszweige waren: 1. Präsidium. 2. Versorgungswesen. 3. Unterricht. 4. Kunst und Wissenschaft. 5. Statistik. 6. Straßenbau und Kommunikationsmittel. 7. Post, dazu später Telegraphie. 8. Auswärtige Angelegenheiten. 9. Lagerhaus. 10. Zentralbank. 11. Gemeinnützige Unternehmungen. 12. Sanitätswesen und Justiz.

Dies waren die für den Anfang in Freiland geltenden Verwaltungs- und Organisationsprinzipien. Die Bildung der Genossenschaften ging ohne den geringsten Anstand vor sich. Die schon vorhandenen Produktionen: Landwirthschaft, Gartenkultur, Viehzucht, Mahlmühle, Sägemühle, Bierbrauerei, Kohlengruben und Eisenwerke, wurden nach Maßgabe des täglich anlangenden Kräftezuwachses namhaft erweitert und verbessert und eine Anzahl neuer Industrien reihte sich an: eine Druckerei, und gestützt auf diese eine täglich erscheinende Zeitung, eine Maschinenfabrik, Glashütte, Ziegelei, Oelmühle, chemische Fabrik, Eisfabrik u. s. w.; ferner befuhren Dampfer den Edensee und den Danafluß. Auch für Schulen wurde gesorgt. Die Lebensweise blieb, was Wohnung und Kleidung anbelangt, noch sehr primitiv, dagegen herrschte in Speisen und Getränken Ueberfluß, ja Luxus. Zur Unterhaltung trug die Zeitung, eine von der Unterrichtsverwaltung angelegte Bibliothek, mehrere Sing- und Orchestervereine ꝛc. bei. Die Arbeitseintheilung war derartig, daß die Männer meist zwischen 5 und 10 Uhr Morgens und zwischen 4 und 6 Uhr Abends thätig waren.

Zwei Jahre nach Begründung Freilands wurde in einer von Strahl einberufenen Repräsentanten-Versammlung ein Verfassungsentwurf einstimmig angenommen, dessen Grundgesetze folgendermaßen lauteten:

1. Jeder Bewohner Freilands hat das gleiche unveräußerliche Anrecht auf den gesammten Boden und auf die von der Gesammtheit beigestellten Produktionsmittel.

2. Frauen, Kinder, Greise und Arbeitsunfähige haben Anspruch auf auskömmlichen, der Höhe des allgemeinen Reichthums billig entsprechenden Unterhalt.

3. Niemand kann, sofern er nicht in die Rechtssphäre eines Anderen greift, in der Bethätigung seines freien individuellen Willens gehindert werden.

4. Die öffentlichen Angelegenheiten werden nach den Entschließungen aller volljährigen (mehr als 20jährigen) Bewohner Freilands ohne Unterschied des Geschlechts verwaltet, die sämmtlich in allen, das gemeine Wesen betreffenden Angelegenheiten das gleiche aktive und passive Stimm- und Wahlrecht besitzen.

5. Die beschließende sowohl, als die ausübende Gewalt ist nach Geschäftszweigen getheilt und zwar in der Weise, daß die Gesammtheit der Stimmberechtigten für die hauptsächlichen öffentlichen Geschäftszweige gesonderte Vertreter wählt, die gesondert ihre

vielfach aber auch pro informatione über Gebiete, die ihm bisher fremd waren. Die auswärtigen Angelegenheiten werden auch jetzt, wie früher, nicht durch den Geh. Kabinetsrath, sondern durch den Staatssekretär des Auswärtigen dem Kaiser vorgetragen. In vielen Dingen ist das aber gar nicht erst nöthig, denn als Dritter mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen arbeitet der Kaiser selbst. Von Zivilsachen interessiren ihn die Auswärtigen Angelegenheiten wohl am meisten, und für nicht wenige kommt die Initiative von ihm. Der Kaiser wird wie der Große König seinen Hertzberg haben, er wird seinen Dohm haben, damals den größten Kenner der deutschen Reichsfundamentalgesetze, aber in vielen Dingen wird er seine Regierung persönlich führen, allerdings unter Assistenz des Reichskanzlers — künftig noch mehr als jetzt. Wenn der Werth eines Mannes die selbstlose Hingabe an die Sache ist, der er die Kraft seines Lebens geliehen hat, so besitzt General v. Caprivi diese im höchsten Grade. Seine Persönlichkeit geht im Dienste seines Kaiserlichen Herrn auf. Er kennt weder Erholung noch Vergnügen und achtet selbst körperlicher Beschwerden nicht. Für Ehren und Würden scheint er gleichgültig, allein seiner hohen Aufgabe lebt er nach und giebt das Beispiel, das höchste militärische Würde und Fähigkeit sich auch in den liebenswürdigsten und menschenfreundlichsten Formen ausdrücken kann.

— Ueber Dr. **Peters** wird den „Hamburger Nachrichten“ von einer ihm nahestehenden Seite geschrieben:

Sicherem Vernehmen nach wird Dr. Peters bis nächsten Montag in Berlin bleiben, um sich die nothwendigen Aufklärungen an maßgebender Stelle zu verschaffen. Von hier begiebt er sich alsdann nach Bayern, um dort mit dem Oberpräsidenten von Bennigsen und Geheimrath Kaiser zusammenzutreffen. Demnächst wird er sich zur Erholung nach irgend einem größeren Luftkurort, vielleicht Wildbad begeben. Am 20. und 21. September wird derselbe in Hannover sein, um dort von seinen engeren Landsleuten begrüßt zu werden. Dorthin werden auch alle Mitglieder der Expedition: v. Tiedemann, Borchert, Rust und die meisten näheren Freunde von Peters kommen.

Der „Hannoversche Courier“ nimmt von der Meldung Notiz, daß Dr. Peters in den Reichsdienst treten solle, und zwar, daß ihm entweder die Leitung einer Expedition zur festeren Inbesitznahme des ostafrikanischen Gebiets übergeben oder daß er in den Konsulatsdienst übernommen werde, in welchem Falle ihm das Konsulat Zanzibar übertragen würde. Das Hannoversche Blatt bemerkt dazu:

Daß man von Seiten der Reichsregierung den Wunsch hegt, die Dienste des Herrn Dr. Peters zu gewinnen, glauben auch wir versichern zu können; eine andere Frage aber ist, ob Dr. Peters sich dazu wird entschließen können, Reichsbeamter zu werden. Ueber diese Frage ist er, so viel wir wissen, vorläufig selber noch nicht schlüssig.

— Nachdem der **Bundesrath** wieder seine regelmäßige Thätigkeit aufgenommen haben wird, werden ihn jedenfalls schon in der ersten Zeit seiner Berathungen zwei Vorlagen beschäftigen, welche sich auf die Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes beziehen. Es sind dies zwei kaiserliche Verordnungen, von denen die eine das Verfahren vor den Schiedsgerichten, die andere die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamtes regeln. Bei beiden Verordnungen wird man sich unzweifelhaft an die Muster halten, welche die entsprechenden Verordnungen über das Verfahren bei den Schiedsgerichten und beim Reichs-Versicherungsamte in Angelegenheiten der Unfallversicherung abgeben. Die Verordnung für die Schiedsgerichte, von denen nach dem Gesetze für jede Versicherungsanstalt mindestens eins errichtet werden muß, wird in Sachen der Invaliditäts- und Altersversicherung für ganz Deutschland maßgebend sein. Die Verordnung betreffend die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamtes wird für die Invaliditäts- und Altersversicherung nur insoweit Bedeutung haben, als die Zuständigkeit des Reichs-Versicherungsamtes reicht. Der Beaufsichtigung des letzteren sind, sofern für das Gebiet eines Bundesstaates ein Landes-Versicherungsamt errichtet ist, diejenigen Versicherungsanstalten entzogen, welche sich über das Gebiet dieses Bundesstaates nicht hinaus erstrecken. Die letzteren unterstehen dem betreffenden Landes-Versicherungsamte. Landes-Versicherungsämter giebt es in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, sogar in Mecklenburg-Strelitz und — Reuß ä. L. Sie würden nach dem Gesetze indessen nur für die ersten fünf der genannten Staaten in Funktion treten, denn nur diese haben Versicherungs-Anstalten, welche sich über ihr Gebiet nicht hinaus erstrecken. Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz bilden bekanntlich zusammen eine Versicherungsanstalt und Reuß ä. L. gehört zur thüringischen Versicherungsanstalt. Das Verfahren vor den Landes-Versicherungsämtern in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen wird durch die betreffenden Landes-Regierungen geregelt. Alle übrigen Versicherungsanstalten unterstehen dem Reichs-Versicherungsamte, für sie und ihre Angehörigen hat deshalb auch die Regelung des Verfahrens vor dem letzteren Bedeutung. Da man allgemein annimmt, daß das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz am 1. Januar 1891 gänzlich wird in Geltung gesetzt werden können, so müßten die beiden erwähnten Verordnungen bis dahin in Kraft gesetzt sein.

— Aus **Schleswig** wird dem „Berl. Tgbl.“ berichtet: Zwischen dem Landrath und der dänischen Minderheit des Kreistages zu **Hadersleben** kam es in der letzten Kreistagssitzung zu einem bemerkenswerthen **Konflikt**. Der Kreisausschuß beantragte, zum Neubau eines Kreishauses 46 000 M. zu bewilligen. Für diesen Antrag stimmten 15 deutsche, gegen denselben 9 dänische Mitglieder. Nun ist zur Bewilligung von Geldmitteln die Zweidrittel-Mehrheit erforderlich; obgleich eine solche sich nicht ergeben hatte, erklärte der Landrath den Antrag für angenommen. Namens der Minderheit erhob der Kreistags-Abgeordnete Skau-Bukshave Protest gegen das Vorgehen des Landraths, da die Zweidrittel-Mehrheit nicht für den Antrag des Kreisausschusses gestimmt habe. Seitens der Mehrheit wurde dagegen behauptet, daß im Grunde von einer Geldausgabe seitens des Kreises nicht die Rede sein könne, da die Bausumme aus den Ueberschüssen der Korn- und Viehzölle genommen würde. Man darf gespannt sein, wie diese Angelegenheit weiter verlaufen wird.

Breslau, 27. August. Am 26. d. Mts. hat der Regierungs-Präsident v. **Bitter** zu **Oppeln** unter Zustimmung des Reichskanzlers und unter Aufhebung einer Reihe früherer Verordnungen folgende wichtige, die **Einfuhr von lebenden Schweinen aus Oesterreich-Ungarn in oberschlesische Schlachthäuser** betreffende Verordnung veröffentlicht: § 1. Die Einfuhr von lebenden Schweinen aus Oesterreich-Ungarn ist in die öffentlichen Schlachthäuser zu Beuthen, Gleiwitz, Myslowitz, Oppeln, Ratibor und Rybnik bis auf Weiteres unter der Bedingung **gestattet**: 1) daß der Ursprung der einzuführenden Schweine durch polizeiliche Ursprungszeugnisse nachgewiesen wird, in welchen die einzuführenden Schweine nach Stückzahl, Gattung (Race), Farbe, sowie nach etwaigen besonderen äußeren Kennzeichen thierärztlich genau bezeichnet werden und in denen ferner bescheinigt ist, daß die Thiere in Oesterreich-Ungarn aufgezogen sind, innerhalb der letzten 30 Tage vor ihrer Absendung nach Deutschland in einem zum Bezirke der attestirenden Amtsstelle gehörigen, bestimmt zu bezeichnenden Orte gestanden haben und mit ansteckenden Krankheiten nicht behaftet sind; 2) daß die Schweine an den Grenzeingangsstellen Oderberg, Szczakowa und Dzieditz durch einen preußischen beamteten Thierarzt untersucht und kranke und verdächtige Thiere, sowie die mit denselben in Berührung gekommenen Thiere von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden; 3) daß die Schweine nach dem Passiren der Grenze in geschlossenen Eisenbahnwaggons, unter Vermeidung einer Umladung oder einer durch den Eisenbahnbetrieb nicht bedingten Transportverzögerung, sowie jeder Berührung mit anderem Vieh direkt an den Bestimmungsort gebracht und in dem öffentlichen Schlachthause alsbald unter polizeilicher Kontrolle abgeschlachtet werden. Sofern das Schlachthaus nicht in unmittelbarer Verbindung mit dem Entladegeleise steht, hat die Ueberführung in dasselbe mittelst gut schließender Wagen zu erfolgen. § 2. Für jeden Grenzübergang wird von dem königlichen Landrath für die Einfuhr der Schweine ein bestimmter Wochentag festgesetzt. Zu einer Vermehrung der Einfuhrtage ist die diesseitige Genehmigung einzuholen.

X. Deutscher Kongreß für erziehliche Knaben-Handarbeit.

II.

Straßburg i. E., 25. August.

Die Verhandlungen werden um 9 Uhr Vormittags in überfülltem Saale wieder aufgenommen. Bevor die im Kongreß abgebrochene Debatte begonnen wird, werden zunächst einige den Verein betreffende innere Angelegenheiten erledigt.

Es wird sodann die Ergänzungswahl der ausscheidenden Mitglieder vorgenommen. Dieselben werden wieder-, die Herren Geh.-Rath Albrecht-Straßburg und Dr. R. Simon-Königsberg neu hinzugewählt. Es folgt seitens des Vorsitzenden die Mittheilung, daß der um die Förderung der Sache so hochverdiente Oberlehrer Dr. **Götze**-Leipzig vom 1. Oktober d. J. ab als Direktor der Lehrer-Bildungsanstalt des Vereins in Leipzig ganz in den Dienst des Vereins, dem er bisher jede von seinem Amte freie Stunde geopfert habe, treten werde. Bei dem preußischen Minister des Innern ist die Verleihung der körperschaftlichen Rechte nachgesucht. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, diejenigen Aenderungen der Satzungen vorzunehmen, die zur Erlangung der körperschaftlichen Rechte etwa nothwendig sein werden.

Es wird sodann zur Besprechung der am gestrigen Kongreßtage gehaltenen Vorträge geschritten. Nach einer kurzen Geschäftsdebatte einigt man sich darüber, daß zunächst die in Vorschlag gebrachte Resolution I in Besprechung gezogen werde. Die Debatte bekundet ein lebhaftes und gegen früher wesentlich vertieftes Interesse an den Bestrebungen und betheiligen sich daran, zum Theil in scharfem Gegensatz stehend, die Herren Stadtschulrath Dr. Rohmeder-München, Regierungs- und Schulrath Pabst-Hannover, Dr. Götze-Leipzig, Lehrer Brückmann-Königsberg, Seminaroberlehrer Schleier-Meersburg, Stadtschulrath Dr. Fürstenau-Berlin, Seminardirektor Dr. Förster-Straßburg, Dr. Brunswick-Wiesbaden, Stadtschulrath Platen-Magdeburg, Architekt Dr. Bäumer-Straßburg und im Schlußwort, die Gesammtdiskussion zusammenziehend, Dr. Götze und von Schenckendorff-Görlitz. Wiewohl eine größere Anzahl von Anträgen vorlag, von denen mehrere in Folge des Schlußwortes zurückgezogen wurden, nahm der Kongreß sodann die nachstehende, dem Inhalt nach im Wesentlichen mit der vom Referenten Dr. Götze beziehungsweise vom Vorstande in Vorschlag gebrachten übereinstimmende These mit großer Mehrheit in folgender Form an:

1. In Erwägung, daß der erziehliche Knaben-Handarbeits-Unterricht die Reihe der seitherigen Bildungsmittel erweitert, indem er zu dem vorzugsweise auf die Ausbildung der Geisteskräfte hinzielenden Schulunterricht systematische Uebungen in der werkthätigen Arbeit hinzufügt, und in Erkenntniß der Thatsache, daß es bei dem heutigen Stande des Kulturlebens nothwendig ist, die Anlagen und Kräfte der heranwachsenden Jugend zu allseitigerer Entwickelung zu bringen, erachtet der **X.** Kongreß es für wünschenswerth, daß die leitenden deutschen Schulverwaltungen den erziehlichen Knaben-Handarbeits-Unterricht in den **Volksschulen**, wie in den **höheren Lehranstalten**, besonders aber in den **Lehrer-Bildungsanstalten**, überall da, wo die Voraussetzungen dazu gegeben sind, als **wahlfreien Unterrichtsgegenstand allmählich einführen**.

Der Kongreß tritt darauf in Berathung über die beiden weiter vorliegenden Thesen, die die Ausbreitung der Bestrebungen auf die ländlichen Gebiete und eine nach bestimmten Normen geregelte Beihilfe des Staates behandeln. Nach einer kürzeren Debatte, an welcher sich v. Schenckendorff, Lehrer Brückmann, Regierungs- und Schulrath Pabst und Lehrer Groppler-Berlin betheiligen, werden diese beiden Thesen in der folgenden Form einstimmig angenommen:

Beschlüsse fassen und das Gebahren der den fraglichen Geschäftszweigen vorstehenden Verwaltungsorgane überwachen.

Besonders bemerkenswerth ist Punkt 2 bezüglich des den **Frauen zugesprochenen Versorgungsrechts**. Man sagte sich, daß das Weib seiner physischen und psychischen Beschaffenheit nach nicht zu aktivem Kampfe ums Dasein, sondern einerseits zur Fortpflanzung, andererseits zu dessen Verschönerung und Veredelung bestimmt ist. Eine Sklavin und ein käufliches Werkzeug der Lüste war das Weib Jahrtausende hindurch, und die vielgerühmte Zivilisation der letzten Jahrhunderte hat daran dem Wesen nach nichts geändert. Auch unter den sogenannten Kulturnationen der Gegenwart blieb das Weib rechtlos, und was schrecklicher ist, es blieb, um sein Dasein zu fristen, darauf angewiesen, sich dem ersten Besten zu verkaufen, der um seiner Reize willen die Verpflichtung übernahm, es zu „versorgen“. Schrecklicher als die Prostitution der Straße ist die von Gesetz und Sitte geheiligte der Versorgungsehe, weil unter ihrem verpestenden Gifthauche nicht blos Würde und Glück der jeweiligen lebenden, sondern auch Saft und Mark der zukünftigen Geschlechter verdorren. Beiden Arten der Prostitution ist gemeinsam, daß das süßeste, heiligste Kleinod der Menschheit, das Herz des Weibes, zum Gegenstande gemeinen Schachers, zum Mittel des Lebensunterhalts gemacht wird. Das Weib soll der entehrenden Nothwendigkeit enthoben werden, im Gatten zugleich den Versorger, in der Ehe zugleich das einzige Rettungsmittel gegen materielle Noth zu sehen. Aber auch gemeiner Arbeit darf das Weib nicht überwiesen werden. Die **Gleichberechtigung des Weibes dadurch verwirklichen zu wollen, daß man ihm gestattet, im Broterwerb mit dem Manne zu konkurriren, ist ebenso nutzlos wie verderblich**; nutzlos, weil dem weiblichen Geschlechte als Ganzes genommen eine solche Befugniß, von welcher es nur in Ausnahmefällen wirklichen Gebrauch machen kann, doch nicht hilft; verderblich, weil das Weib mit dem Manne hier nicht konkurriren darf, ohne seinen edleren schöneren Aufgaben untreu zu werden. Das Weib darf kein Rad im Getriebe des Broterwerbs, es muß ein Juwel im Herzen der Menschheit sein. Nur eine „Arbeit“ ist dem Weibe angemessen: die der Kindererziehung und allenfalls noch die Pflege von Kranken und Gebrechlichen.

Verboten war der Frau in Freiland jedoch nicht, ein Gewerbe zu ergreifen, insbesondere auf dem Gebiete der geistigen Berufsarten; aber die öffentliche Meinung billigte dies nur in Ausnahmefällen, d. h. wenn hervorragende Fähigkeiten ein solches Thun rechtfertigten. Daß auch die Ehefrau — wenn auch nur den halben — Versorgungsanspruch hatte, war dadurch begründet, daß auch das verheirathete Weib nicht auf die Versorgung des Mannes angewiesen und somit in ein Abhängigkeitsverhältniß gebracht sein sollte.

Eine der Hauptaufgaben der freiländischen Verwaltung in der weiteren rapiden Entwickelung dieses Gemeinwesens war die gründliche Erforschung der neuen Heimath, um geeignete Gegenden ausfindig zu machen, wohin der von Jahr zu Jahr sich verstärkende Strom der Einwanderer geleitet werden sollte. Mächtige landwirthschaftliche und industrielle Neuanlagen wurden geschaffen. Wenn bisher noch Dampfkraft zur Verwendung kam, so schuf man jetzt großartige elektrische Kraftanlagen. Die Triebkraft lieferten die vom Kenia herabkommenden reißenden Gebirgsströme. Man führte elektrische Beleuchtung ein, man schuf Kanalnetze und Wasserleitungen.

Die Unterrichtsverwaltung hatte inzwischen nicht minder gewaltige Anstrengungen gemacht. Die öffentliche Meinung ging dahin, daß die Jugend von Freiland ohne Unterschied des Geschlechtes und späteren Berufs einen Unterricht zu genießen habe, der mit Ausnahme des Lateinischen und Griechischen dem in einem Gymnasium Deutschlands gleichkommt. Knaben und Mädchen sollten die Schule vom 6. bis zum 16. Jahre besuchen. Nicht minderes Gewicht legte man auf die körperliche Ausbildung. Auch eine Hochschule wurde ins Leben gerufen.

So dehnte sich Freiland immer mehr aus. Wir müssen darauf verzichten, den geistvollen Ausführungen des Verfassers des kürzlich in zweiter Auflage erschienenen Werkes „**Freiland**“, des Nationalökonomen Theodor **Hertzka**, weiter zu folgen. Das eigenartige Werk bietet uns eine Vereinigung von phantasievoller Darstellung mit gründlicher, wissenschaftlicher Forschung. Hertzka hat es vortrefflich verstanden, statt trockener Abstraktionen ein lebensvolles Bild zu bieten, um in anschaulichen Vorstellungen deutlich zu machen, was bloße Begriffe doch nur in schattenhaften Umrissen darstellen können. Wir haben es hier nicht mit einem jener utopischen Staatsromane zu thun, wie sie von Zeit zu Zeit auf dem Büchermarkt erscheinen. Es muß jenen literarischen Erzeugnissen gegenüber hervorgehoben werden, daß sich die innere Wahrhaftigkeit des Hertzka'schen Werkes nicht nur auf die der Handlung zu Grunde gelegten wirthschaftlichen und ethischen Prinzipien und Motive, sondern auch auf den äußeren Schauplatz derselben erstreckt. Der Verfasser hat die Reiseberichte Spekes, Grants, Livingstones, Bakers, Stanleys, Emin Paschas u. A. eingehend studirt und nach diesen die Hochlande des äquatorialen Afrikas geschildert.

Wird das hier entworfene soziale Zukunftsbild dereinst (wenn auch nicht, wie Hertzka annimmt, noch im 19. Jahrhundert) zur Wahrheit werden? Wir müssen bezweifeln, daß dies in absehbarer Zeit der Fall sein wird. Hertzka sagt: „Um „Freiland“, so wie ich es darstelle, zur Thatsache werden zu lassen, bedarf es also in jeder Hinsicht blos einer genügenden Anzahl thatkräftiger Menschen.“ Diese werden sich, daran zweifeln wir keinen Augenblick, wohl finden. Ob aber diese thatkräftigen Menschen auch zugleich kapitalkräftig genug sind, um die zur Ausführung eines derartigen gewaltigen Planes erforderlichen bedeutenden Summen aufzubringen, ist eine andere Frage. Wir sind der Ansicht, daß eben gerade die Kapitalisten, deren Mithilfe unerläßlich ist, sich am allerwenigsten nach einer Aenderung der sozialen Verhältnisse, wie dieselbe auch immer beschaffen sei, sehnen. Dieser Umstand veranlaßt uns, an der Ausführbarkeit jener sozialen Zukunftsträume zu zweifeln. Wir meinen, so ungeheuere Umgestaltungen im sozialen Leben der Menschheit können sich nicht plötzlich vollziehen. Jeder gewaltsame Eingriff wird sich als fruchtlos erweisen.

Immerhin aber ist das Hertzka'sche Werk „Freiland“ ein hochbedeutungsvolles, und wenn es auch nicht unmittelbar einen Umschwung der Verhältnisse hervorrufen wird, so dürfte es doch bahnbrechend sich erweisen. Wir mußten uns darauf beschränken, aus der Fülle des in dem Werke gebotenen Materials nur die wesentlichsten Momente herauszugreifen, um so den Ideengang des Verfassers unseren Lesern vor Augen zu führen.

J. St.

II. Der Vorstand wird ermächtigt, zu erwägen, auf welche Weise allmählich auch die Landschulen in den Kreis der Vereinsbestrebungen gezogen werden können.

III. Es ist dahin zu wirken, daß die für die Schülerwerkstätten, sowie für die Ausbildung der Lehrer in Leipzig erwachsenden Kosten, soweit es sich um kommunale Anstalten oder deren Lehrer, bezw. um Vereins- oder Internats-Einrichtungen handelt, wo möglich zur Hälfte vom Staat getragen werden.

Hierauf wurde der öffentliche Kongreß unter Danksagung für die zahlreiche Betheiligung sowie an die Stadt und den Ortsausschuß geschlossen, nachdem der nächste Kongreß für den Frühsommer 1892 in Königsberg i./Pr. in Aussicht genommen ist. Während die Besucher des Kongresses anwesend bleiben, fahren die Vereinsmitglieder in den Berathungen der Hauptversammlung fort.

Es folgte der Vortrag: Ist der Handarbeits-Unterricht zu einem selbständigen Unterrichtsgegenstand zu entwickeln, oder soll er nur zur Förderung anderer Unterrichtsgegenstände in den Dienst derselben gestellt werden? Der Vortragende, Lehrer Groppler-Berlin, Vorsitzender der Sektion für Knaben-Handarbeit des Berliner Lehrer-Vereins, wies an der Hand praktischer Beispiele das Irrige der noch vielfach vorkommenden Ansicht nach, daß nur diejenigen Erzeugnisse der Schülerwerkstätten zur Unterstützung und Förderung des übrigen Unterrichts geeignet seien, welchen man ihre Beziehung zu demselben schon äußerlich ansehen könne, wie geometrische Körper, physikalische Apparate, aufgezogene Landkarten 2c. Jeder Gegenstand schließe durch seine Herstellung infolge der in der Jugendwerkstatt befolgten Methode diese Unterstützung schon wesentlich in sich. Nicht auf das Was, sondern auf das Wie komme es hierbei an; nicht so sehr durch die Arbeitserzeugnisse an sich, als vielmehr durch das bei ihrer Anfertigung beobachtete Verfahren könne eine engere Beziehung zu anderen Unterrichtsfächern schon unmittelbar hergestellt werden. Mittelbar aber komme der recht betriebene Arbeitsunterricht dem übrigen Schulunterrichte durch Erziehung zum scharfen Beobachten, zur Aufmerksamkeit, zum praktischen Urtheilen, zur Sauberkeit und zur Sorgfalt zu gute. Die Nothwendigkeit der Ausgestaltung des Arbeitsunterrichtes zu einem selbständigen Unterrichtszweige ergebe sich aber aus dem Umstande, daß er in dem Kinde vorhandene Anlagen und Kräfte, den Thätigkeits- und Schaffenstrieb, die durch keinen der bisher gepflegten Unterrichtsfächer in genügendem Maße entwickelt werden, zur Entfaltung bringe, ferner aber auch aus der Erkenntniß, daß nur auf der Grundlage eines selbständigen, methodisch ausgestalteten Arbeitsunterrichtes die darstellende Thätigkeit des Kindes zur Befestigung und Belebung der anderen Unterrichtsfächer in wirksamer Weise herangezogen werden könne. (Lebhafter Beifall.)

Nach der hieran sich anknüpfenden lebhaften Debatte, die im Wesentlichen die vom Referenten dargelegte Ansicht bestätigt, nimmt die Versammlung einstimmig die nachstehende Resolution an:

IV. Der erziehliche Knaben-Handarbeitsunterricht ist zu einem selbständigen Unterrichtsgegenstande zu entwickeln.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft den Bericht des Vorstandes über die Grundzüge für den Handarbeitsunterricht, worüber der Oberrealschuldirektor Nöggerath-Hirschberg berichtet. Diese Grundzüge behandeln Zweck und Ziel des Unterrichts, Verhältniß des Handarbeitsunterrichts zur Schule, die Lehrkräfte, den Unterricht insbesondere, die Leitung des Unterrichts, die Werkzeuge, die gefertigten Gegenstände, die Arbeitsräume, die Fachschriften, Literatur und Vereinsbibliothek sowie die Stellung zu den Behörden. Die Grundzüge werden ohne wesentliche Aenderung angenommen.

Darauf schließt der Vorsitzende die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags mit einem Hoch auf die Stadt Straßburg, worin die Versammlung begeistert einstimmt.

Lokales.

Posen, den 29. August.

* **Personalien.** Dem praktischen Arzt Dr. med. Peter Laskowski zu Wongrowitz ist der Charakter als Sanitätsrath verliehen worden.

* **Postalisches.** In Posthof und in Deutsch-Koschmin werden am 30. August resp. 1. September mit der Kaiserlichen Orts-Postanstalt vereinigte Telegraphen-Betriebsstellen mit beschränktem Tagesdienst eröffnet.

d. **In der Angelegenheit der geplanten polnischen Volksversammlung** veröffentlicht der „Kuryer" eine längere ihm zugegangene Zuschrift, in welcher die Ansicht ausgesprochen ist, man müsse im gegenwärtigen Augenblick Allarm schlagen, um vielleicht noch in letzter Stunde die bedrohte Lage der polnischen Diözesanen im „richtigen Lichte" darstellen zu können. Diese Zuschrift richtet zum Schluß an den „Kuryer" die Aufforderung, die Vorbereitungen zu einer Volksversammlung schleunigst in die Wege leiten zu wollen. In einem besonderen Artikel, in welchem der „Kuryer" ebenfalls die Angelegenheit der Volksversammlung bespricht, meint das Blatt: Die Ansicht, daß eine solche Versammlung den Stempel einer oppositionellen Kundgebung gegen die Regierung an sich tragen müsse, sei eine unbegründete. Es sei bisher noch Niemandem eingefallen, den Gebrauch des Petitionsrechtes als oppositionelles Verhalten gegen die Regierung oder gar gegen die Krone selbst zu bezeichnen. — In Bezug auf die Stellung, welche die Volksversammlung dem Papst gegenüber zu nehmen haben würde, bemerkt der Kuryer: „Dem Volke, welches sich dem Regimente eines neuen Oberhirten fügen und diesen als seinen geistlichen Vater anerkennen soll, steht das Recht zu, an den h. Vater die gehorsame Bitte zu richten: „H. Vater, laß es nicht zu, daß uns wieder ein Oberhirte leite, welcher mit uns nicht Fleisch von Fleisch, nicht Blut von Blut ist, ein Oberhirte, der unsere Bedürfnisse und Schmerzen nicht versteht, und zu dem wir unfähig sind, dasjenige Vertrauen zu fassen, welches den Hirten mit der Herde verbinden soll." — Es könne, so fügt der „Kuryer" hinzu, in keinem Falle als ein Verstoß gegen die kirchlichen Vorschriften erachtet werden, wenn eine solche Bitte am Throne des Statthalters Christi niedergelegt werden würde.

—u. **Einbruchsdiebstahl.** Einem an der Kl. Gerberstraße wohnhaften Arbeiter ist in der Nacht vom 27. zum 28. d. M. aus einem verschlossen gewesenen Stalle eine weiße Ziege mit schwarzen Streifen am Halse gestohlen worden. Der Dieb hatte in eine nur aus Lehmfachwerk bestehende Wand mit leichter Mühe eine Oeffnung gebrochen, welche groß genug war, um die Ziege hindurch zu bringen.

—u. **Verhaftungen.** Gestern Nachmittag ist ein Zigarrenmacher von hier wegen eines Sittlichkeitsverbrechens in Haft genommen worden. — Ferner wurde gestern Nachmittag ein Dienstmädchen aus Posen zur Haft gebracht, weil dasselbe vor einigen Tagen ihrer Dienstherrin, einer auf der Wallischei wohnhaften Wittwe, aus einem Körbchen die Summe von 7,10 Mark entwendet hat. Gestern Abend ist endlich ein hiesiger Fleischer festgenommen worden, weil er sich in einer, an der Wallischeistraße belegenen Restauration des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht hat.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verloren: ein kleines Notizbuch auf dem Wege von der Louisenstraße nach dem Postamt I, ein schwarzseidener Regenschirm mit gelbem Griff auf dem Alten Markte, drei Zehnmarkstücke auf dem Alten Markte und eine goldene Uhrkette mit Berloques. — Zugelaufen: je eine Henne Alter Markt Nr. 43 und Waisenstraße Nr. 11 und ein Stubenhund Schützenstraße Nr. 32.

Vom Wochenmarkt.

s. **Posen,** 29. August.

Roggen 7,25—7,50 M. Weizen 8—9 M. Gerste 6,25—6,50 M. Hafer 6,50 M. Erbsen 6,75 M. Das Schock Stroh 18 M., einzelne Bunde 30—40 Pf. Der Ztr. Heu 1,50 bis 2 M. Der Ztr. Kleeheu (rothes) 2,40—2,70 M. Auf dem Neuen Markt standen 52 Wagen mit Birnen. Die Tonne Birnen 1,50—2,50 M. Aepfel, die Tonne 2 M. Der Alte Markt hatte eine reichliche Kartoffelzufuhr. Der Ztr. 1,70—1,80 Mk. Geflügel genügend. 1 Gans 2,50—4 M. 1 Paar Hühner 1,30—3,50 M. 1 Paar Enten 2—3,75 M. Eier, die Mandel 65 Pf. Butter, das Pfd. 0,90—1,10 M. Das Pfd. Birnen 15 bis 25 Pf. Aepfel 10 bis 20 Pf. Ein Kopf Weißkraut 5—8 Pf. Blaues Kraut 5—10 Pf. 1 Kopf Blumenkohl 8—15 Pf. 2—3 Köpfe Welschkraut 10 Pf. 1 Kürbis 30 bis 60 Pf. Der Auftrieb auf dem Viehmarkt in Fettschweinen schien knapp zu sein; der Ztr. lebend 48—50 M. und darüber. Auch in den Privatbuchten standen Schweine zum Verkauf. Ferkel, das Paar je nach Alter 39—42 M. 1 Paar Jungschweine 80—85 M. Hammel, gegen 125 Stück, 25—30 Pf. pro Pfund Lebendgewicht. Kälber wenig, bis 40 Pf. pro Pfd. lebend. Rinder etwa 20 Stück, meistens Milchkühe, von 180—195 M. Mageres Schlachtvieh 27—30 M. pro Ztr. Der Fischmarkt war gut beschickt. 1 Pfd. Störfleisch 50 Pf. 1 Pfd. Hechte 80 bis 90 Pf. Schleie 70—80 Pf. Barwin 60—65 Pf. Karauschen 55—60 Pf. Zander 60—65 Pf. Bleie 40—45 Pf. Verschiedene Sorten kleine Fische zusammen pro Pfd. 50—55 Pf. Die Mandel Krebse 40—80 Pf. Der Sapiehaplatz hatte reichliches Angebot. Die Mandel Eier 65 Pf. Das Pfd. Butter 0,90—1,20 M. 1 Paar Hühner bis 3,50 M. 1 Paar Enten bis 3,75 M. 1 Gans 2,75—3,75 M. 1 Paar Rebhühner 1,25—2 M. Das Pfd. Melonen 25—30 Pf. 1 Aprikose 5—8 Pf. 1 Pfirsich 8—12 Pf. 1 Pfd. Weintrauben 50 Pf. Das Pfd. Birnen 10—25 Pfd. 1 Pfd. Pflaumen 20—30 Pf. 1 Pfd. Preißelbeeren 30 Pf. Blaubeeren, der Liter 15 Pf. 1 Liter neue Haselnüsse 10 Pf. Der Fleischmarkt war von hiesigen Fleischern, bis auf Rindfleisch, gut beschickt. Von den auswärtigen Fleischern hatten sich nur einige mit geringen Angeboten eingefunden. Die Fleischpreise sind unverändert.

Marktberichte.

** **Berlin,** 29. August. [Städtischer Zentralviehhof.] (Amtlicher Bericht.) Zum Verkauf standen: 212 Rinder, wovon 180 verkauft wurden. Die Montagspreise wurden leicht erreicht. An Schweinen wurden aufgetrieben 1057. Das Geschäft war belebt; es wurden bessere Preise erzielt und der Bestand frühzeitig ausverkauft. Die Preise notirten für Prima 63 M. Zweite Qualität 54—62 M. An Kälber wurden aufgetrieben; 943. Das Geschäft war entwas besser, obwohl schwere Waare nicht leicht absetzbar war. Preise I. 59—62 Pf, II. 56—58 Pf., III. 50—55 Pf. Hammel: 590. Ohne jeden Umsatz.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	27. August.	28. August.
ffein Brodraffinade	29,50—30,00 M.	29,50—30,00 M.
fein Brodraffinade	—	—
Gem. Raffinade	28,50—28,75 M.	28,50—28,75 M.
Gem. Melis I.	27,50—27,75 M.	27,50—27,75 M.
Krystallzucker I.	—	—
Krystallzucker II.	—	—
Melasse Ia.	—	—
Melasse IIa.	—	—

Tendenz am 28. August, Vormittags 11 Uhr: Wenig Geschäft wegen mangelnder Vorräthe in erster Hand.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	27. August.	28. August.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzuck. Rend. 92 Proz.	—	—
dto. Rend. 88 Proz.	—	—
Nachpr. Rend. 75 Proz.	14,00—15,40 M.	14,00—15,40 M.

Tendenz am 28. August, Vormittags 11 Uhr: Fest.

** **Leipzig,** 28. August. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per September 4,75 M., per Oktober 4,77½ M., per November 4,75 Mk., per Dezember 4,75 M., per Januar 4,65 M., per Februar 4,60 Mark, per März 4,57½ Mark, per April 4,57½ Mark, per Mai 4,57½ Mark. Umsatz 85000 Kilogramm. Geschäftslos.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. August Mittags 0,42 Meter.
" " 29. " Morgens 0,46 "
" " 29. " Mittags 0,42 "

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 28. August Abends: 15,9 Normalkerzen.

Telegraphische Nachrichten.

Kiew, 29. August. Im Mühlen- und Holzhofviertel am Dniepr wurden in vergangener Nacht durch Feuer zwei Dampfsägemühlen und eine Dampfkornmühle mit Vorräthen zerstört. Der Schaden wird auf 200000 Rubel geschätzt.

Washington, 29. August. Der Senat nahm das Amendement zur Tarifvorlage an, welches den Zoll für gereinigten Reis auf 2 Cents, für ungereinigten auf 1¼, für Reis in Hülsen auf ¾, für Reismehl und Brockenreis auf ¼ Cent pro Pfund festsetzt.

Petersburg, 29. August. Zufolge einem Tagesbefehl des Marine-Oberkommandos können die Mannschaften der Kriegsflotte, deren aktiver Dienst am 1. Januar 1891 abläuft, bereits am 1. September d. J. entlassen und den übrigen Mannschaften Urlaube bis zum 1. März 1891 bewilligt werden.

Der Botschafter Nelidow ist nach Konstantinopel zurückgereist und der Gesandte Hitrowo hier eingetroffen.

Gestern Abend überschwemmten die Newa und ihre Kanäle die niedriger gelegenen Stadttheile und einen Theil der Umgegend. Die Hochfluth dauerte vier Stunden und richtete in Kellern viel Schaden an. Der Verkehr mit den außerhalb gelegenen Orten war für einige Zeit unterbrochen. Um zwei Uhr Nachts sank das Wasser wieder.

Petersburg, 29. August. Das Städtchen Kropoisk im Gouvernement Mohilew ist vollständig abgebrannt.

Börse zu Posen.

Posen, 29. August. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Regulirungspreis (50er) 59,20, (70er) 39,20. (Loko ohne Faß) (50er) 59,20, (70er) 39,20, August (50er) —,—, (70er) 39,20, September (50er) —,—, (70er) —,—.

Posen, 29. August. [Privat-Bericht.] Wetter: kühl.
Spiritus fest. Loko ohne Faß (50er) 59,20, (70er) 39,20, August (50er) —,—, (70er) 39,20, September (50er) —,— (70er) 39,20.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 29. August 1890.

Gegenstand.			gute W. M.	gute W. Pf.	mittel W. M.	mittel W. Pf.	gering. W. M.	gering. W. Pf.	Mitte. M.	Mitte. Pf.
Weizen	höchster	pro 100 Kilogramm	—	—	18	50	18	10	18	20
	niedrigster		—	—	18	30	17	90		
Roggen	höchster		15	40	14	90	14	50	14	82
	niedrigster		15	20	14	70	14	20		
Gerste	höchster		—	—	14	—	13	20	13	35
	niedrigster		—	—	13	60	12	60		
Hafer	höchster		14	—	13	40	13	—	13	28
	niedrigster		13	60	13	20	12	50		

Andere Artikel.

		höchst. M.	höchst. Pf.	niedr. M.	niedr. Pf.	Mitte. M.	Mitte. Pf.
Stroh Richt-	pro 100 Kilo	4	—	3	50	3	75
Stroh Krumm-		—	—	—	—	—	—
Heu		4	—	3	50	3	75
Erbsen		—	—	—	—	—	—
Linsen		—	—	—	—	—	—
Bohnen		—	—	—	—	—	—
Kartoffeln		4	—	3	20	3	60
Rindfl. v. d. Keule v. 1 kg		1	40	1	20	1	30

		höchst. M.	höchst. Pf.	niedr. M.	niedr. Pf.	Mitte. M.	Mitte. Pf.
Bauchfl.	pro 1 Kilo	1	30	1	20	1	25
Schweinefleisch		1	60	1	40	1	50
Kalbfleisch		1	40	1	20	1	30
Hammelfl.		1	40	1	20	1	30
Speck		2	—	1	80	1	90
Butter		2	40	1	80	2	10
Rind. Nierentalg		1	20	1	—	1	10
Eier pr. Schck.		2	60	2	50	2	55

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 29. August.

Pro 100 Kilogramm.

	feine W.	mittl. W.	ord. W.
Weizen	19 M. — Pf.	18 M. 50 Pf.	17 M. 90 Pf.
Roggen	15 " 60 "	15 " 10 "	14 " 30 "
Gerste	15 " — "	13 " 50 "	— " — "
Hafer	13 " — "	12 " 50 "	— " — "
Kartoffeln	4 " — "	3 " 60 "	— " — "

Die Marktkommission.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 29. August. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

			Not. v. 27.	
Weizen fester				
pr. August	—	—	195	—
" Septbr.-Oktbr.	187	75	187	50
Roggen ruhig				
pr. August	172	75	172	50
" Septbr.-Oktbr.	165	25	164	75
Rüböl fester				
pr. August	61	30	61	—
" Septbr.-Oktbr.	59	80	59	60

			Not. v. 27.	
Spiritus ermattend				
70er loko o. Faß	40	20	40	10
70er Aug.-Septbr.	39	50	39	50
70er Sptbr.-Oktbr.	38	80	38	80
70er Oktbr.-Novbr.	37	—	36	70
50er loko o. Faß	—	—	—	—
Hafer				
pr. August	137	50	142	75

Kündigung in **Roggen** 850 Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) 50,000 Ltr., (50er) —,000 Liter.

Berlin, 29. August. **Schluß-Course.**

			Not. v. 27.	
Weizen per August	200	—	194	50
do. Sptbr.-Oktbr.	187	75	187	75
Roggen per August	173	—	172	50
do. Sptbr.-Oktbr.	165	50	165	25

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)

			Not. v. 27.	
do. 70er loko	40	20	40	10
do. 70er Aug.-Septbr.	39	60	39	70
do. 70er Septbr.-Oktbr.	38	80	38	90
do. 70er Oktbr.-Novbr.	37	10	36	90
do. 70er Novbr.-Dezbr.	36	10	36	—
do. 50er loko	—	—	—	—

			Not. v. 27.	
Konsolidirte 4% Anl.	106	50	106	60
" 3½ "	99	90	99	90
Pos. 4% Pfandbrf.	101	80	101	90
Pos. 3½% Pfandbr.	98	10	98	—
Pos. Rentenbriefe	103	20	103	10
Oestr. Banknoten	181	70	181	05
Oestr. Silberrente	81	25	81	30
Russ. Banknoten	246	2	247	25
Russ. 4½% BdkrPfdbr	101	75	101	75

			Not. v. 27.	
Poln. 5% Pfandbr.	—	—	72	80
Poln. Liquid.-Pfdbr	68	50	—	—
Ungar. 4% Goldrente	91	75	91	90
Ungar. 5% Papierr.	89	90	89	70
Oestr. Kred.-Akt. ultimo	174	75	175	—
Oest. fr. Staatsb. ultimo	109	50	109	25
Lombarden ultimo	69	75	69	90
Fondsstimmung schwach				

Ostpr. Südb. E. S. A	102	75	102	90
Mainz Ludwigshf dto	122	80	122	10
Marienb. Mlaw dto	68	25	68	—
Italienische Rente	95	40	95	75
Russ 4% konsAnl 1880	97	90	97	80
dto. zw. Orient. Anl.	—	—	—	—
dto. Präm.-Anl 1866	167	10	—	—
Rum. 6% Anl. 1880	102	25	102	25
Türk. 1% kons. Anl.	18	90	18	75
Pos. Spritfabr. B. A	—	—	98	—
Gruson Werke	157	—	154	10
Schwarzkopf	245	—	248	—
Dortm. St. Pr. L. A.	102	—	102	75

Inowrazl. Steinsalz	45	60	45	50
Ultimo:				
Dux-Bodenb. Eisb A	235	—	234	50
Elbethalbahn "	107	50	107	25
Galizier "	93	25	93	40
Schweizer Ctr. "	165	90	167	80
Berl. Handelsgesell.	172	50	173	50
Deutsche B. Akt.	168	25	168	75
DiskontoKommand.	227	60	228	25
Königs- u. Laurah.	161	25	162	40
Bochumer Gußstahl	171	30	173	60
Russ. B. f. ausw. H.	81	—	82	25

Nachbörse: Staatsbahn 109 75, **Kredit** 174 60, **Diskonto-Kommandit** 227 50.

Stettin, 29. August. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

			Not. v 27	
Weizen unverändert				
August	196	—	196	—
September-Oktbr.	185	—	185	50
Roggen fest				
August	165	—	161	—
September-Oktbr.	160	—	159	50
Rüböl ruhig				
August	60	50	60	50
September-Oktbr.	59	50	59	50

			Not. v. 27.	
Spiritus geschäftslos				
per loko 50 M. Abg.	58	60	58	50
" " 70 " "	38	80	38	60
" Aug.-Septbr. "	37	50	37	30
" Sept.-Oktbr. "	37	—	37	—
Petroleum*)				
do. per loko	11	60	11	60
Hafer				
do. per loko				

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1½ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.